



New York, New York

Daniel Kilpert

Ein 13jähriger schießt auf Lehrerin“ oder „16jähriger wegen mehr als 100 Straftaten vor Gericht“, so lauten die Schlagzeilen nicht nur der Boulevard-Presse der letzten Monate. Gleichzeitig wird ein schärferes Vorgehen gegen Kriminelle gefordert, *Focus* erklärt, die BürgerInnen würden das Vertrauen in die Strafjustiz verlieren¹ und der *Spiegel* schreibt vom „Krieg der Kinder“². Die beiden großen Parteien lieferten sich im Wahlkampf und danach einen beschämenden Wettlauf um den goldenen Sheriffstern. In dieser Zeit scheint William J. Bratton, New Yorker Polizeipräsident der Jahre 1994 – 96, ein leuchtendes Beispiel zu sein. Er hat in seiner – äußerst kurzen – Amtszeit die Kriminalitätsrate New Yorks erstaunlich deutlich gesenkt. Wie das? Und was soll Deutschland von New York lernen?

Zero tolerance

Bevor Bratton 1994 das Amt des New Yorker Polizeipräsidenten antrat, explodierte in der Stadt die Kriminalitätsrate. Brattons Strategien dagegen waren nicht neu, aber anscheinend sehr wirkungsvoll. „Rückeroberung des öffentlichen Raums“ und „zero tolerance“ meinen: hart durchgreifen, und die Kriminalität geht spürbar zurück. Ein 16jähriger, der verbotenerweise in New York auf dem Gehweg Fahrrad fährt, darf beispielsweise ganze drei Tage in Gewahrsam

genommen werden. Die Ergebnisse dieser Politik der Stärke können sich sehen lassen: Morde sanken um 38 %, Gewaltdelikte sogar um 45 %.³ Nicht berücksichtigt in der offiziellen Statistik waren aber Drogendelikte, hier ist ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Ebenso bewegte sich die Kriminalitätsbelastung der Stadt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, mit der in Deutschland ist sie nicht zu vergleichen.⁴ Die Kriminalitätsrate New Yorks liegt im übrigen auch heute noch über dem Niveau der Stadt im Jahre 1985.⁵ Konstatieren läßt sich ferner, daß die Folgen sozialer Fehlentwicklungen kriminalisiert werden und der Versuch unternommen wird, sie mit polizeilichen Mitteln zu beseitigen. Die neue New Yorker Linie ist rein repressiv ausgerichtet, auf Prävention wird kein Wert gelegt.

Heiligt also der Zweck die Anwendung solcher Mittel? New York weist heute Einsperrungsraten auf, die denen der ehemaligen Sowjetunion entsprechen (550 Gefangene auf 100 000 EinwohnerInnen, in Deutschland kommen nur 85 Gefangene auf 100 000 EinwohnerInnen).⁶ Die schwarze Bevölkerung, obwohl in der Gesamtbevölkerung nur durch 13 % vertreten, wird zu 45 % Opfer eines Tötungsdeliktes und zu 55 % dieser Tat verdächtig.⁷ Noch eine Zahl, die aufhorchen lassen sollte: Daß sich in der Stadt die Übergriffe von PolizistInnen auf unschuldige

BürgerInnen häufen, läßt sich daran ablesen, daß ganze 700 PolizistInnen wegen Foltervorwürfen gegen ihre eigenen KollegInnen ermitteln.⁸ Amnesty international berichtete unlängst, daß in den USA Hinrichtungen von minderjährigen und geistig behinderten StraftäterInnen vermehrt zu verzeichnen seien.⁹

Keine Toleranz?

Auch deutsche PolitikerInnen meinen, sich an der New Yorker Linie ein Vorbild nehmen zu müssen. Für differenzierte Zwischentöne gab es vor allem in Wahlkampfzeiten keinen Raum (ebenso danach, siehe z. B. die Äußerungen des neuen Bundeinnenministers Schily zur Ausländerpolitik¹⁰), weder auf Seiten der Union noch bei großen Teilen der Sozialdemokraten. Die Kriminalitätsangst in der Bevölkerung wurde und wird von der Politik allzuoft instrumentalisiert. Im Bereich der Innenpolitik gibt es praktisch schon seit Monaten eine große Koalition: im Windschatten der Debatte um den großen Lauschangriff sind in den letzten Jahren und Monaten auf Bundes- wie auf Landesebene neue Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden geschaffen worden.

Auch in den Konzepten für (angeblich) sichere Städte setzten sich gefährliche Stammtischparolen durch. Die „Wahrung der öffentlichen Ordnung“ ist eigentlich Anfang der 70er Jahre aus den

Polizeigesetzen gestrichen worden, nicht zuletzt um eine Allzuständigkeit der Vollzugspolizei unmöglich zu machen. Dies wird zunehmend in Frage gestellt. Private Sicherheitsunternehmen z. B. boomen in Deutschland. Gab es 1970 erst 330, waren es Anfang 1995 bereits 1 320 mit rund 255 000 Beschäftigten. Angesichts dieser Entwicklung fragen sich BürgerrechtlerInnen, ob es bald mehr private als öffentliche Schutzleute gibt. Einer Verquickung zwischen privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei ist angesichts fehlender demokratischer Kontrollierbarkeit dringend vorzubeugen.

Stimmt aber die objektive Sicherheitslage mit dem subjektiven Angstempfinden immer größerer Teile der Bevölkerung überein? Die offizielle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die seit 1963 die Kriminalitätsentwicklung beobachtet, gibt da Entwarnung. Die Gesamtkriminalität nimmt langfristig sogar leicht ab, bei Straftaten mit erheblichem Ausmaß, wie z. B. schwerer Diebstahl, ist ein Rückgang zu verzeichnen.¹¹ Die Aussagekraft der PKS ist aber begrenzt, da sie eine reine Verdachtsstatistik ist, 1996 kamen auf einen wegen schwerer Körperverletzung verurteilten Jugendlichen 4,5 Tatverdächtige in der PKS (bei Mord war das Verhältnis sogar 1 : 5,6)¹², außerdem gibt es in Deutschland leider keine regelmäßigen systematischen Dunkelfelduntersuchungen wie etwa in den Niederlanden.

Eine Kriminalpolitik mit dem Blick für das Ganze sollte auch und gerade ein Augenmerk auf die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität werfen. Nur so kann den Ursachen wirklich auf den Grund gegangen werden und hohe Kriminalität langfristig verhindert werden. Menschen werden schließlich nicht kriminell geboren.

Eigene Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend, geringe Frustrationstoleranz durch schwache Ausprägung des Selbstwertgefühls insbesondere bei Elternhaus- und Schulproblemen, defizitäre Vermittlung von Normen und Werten nicht zuletzt aufgrund gesellschaftlicher Desintegration, Erosion traditioneller, gemeinschafts- und regelbezogener Werte, stattdessen individualistische, hedonistische Werte sind Erklärungsansätze, warum Menschen kriminell werden.¹³ Natürlich sind vor allem Kinder und Jugendliche, deren Familien in sozialer Randlage leben, betroffen, für den größten Teil der Jugendlichen wird der Kreislauf von Arbeitslosigkeit und Kri-

minalität zu einer verhängnisvollen Spirale – Möglichkeiten, diese zu entschärfen können z. B. die Garantie einer Ausbildungsstelle und betreutes Wohnen sein. Auch ein Blick auf die Personengruppe, die am meisten Angst vor einem Verbrechen hat, zeigt, daß nur ein verantwortungsbewußter, ursachenorientierter Ansatz von Kriminalitätspolitik das Ziel erreichen kann, die objektive und subjektive Sicherheitslage zu verbessern. Die Furcht vor Kriminalität ist im allgemeinen höher u. a. bei zunehmendem Lebensalter, bei Frauen im Vergleich zu Männern, bei Personen mit niedrigerem Einkommen, bei Personen mit niedrigerem Bildungsstand und in größeren Städten.¹⁴ Weitere Zahlen, die zur Entschärfung der öffentlichen Debatte beitragen sollten: Das Landeskriminalamt Bayern spricht von 75 % an Opfern unter 18 Jahren von jugendlichen GewalttäterInnen, Menschen über 60 trifft es hingegen nur in 2,8 % (!) der Fälle.¹⁵

Die Politik muß aber beachten, daß es sich bei aller Entwarnung um real bestehende Probleme handelt: immer mehr BürgerInnen meiden bestimmte städtische Gegenden aus Angst vor Übergriffen oder aus Unbehagen vor Unsauberkeit, Unordnung. Die BürgerInnen sind bei der Konfliktbewältigung z. B. durch Beteiligung von Betroffenen bei der Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfeldes oder dem Täter-Opfer-Ausgleich zu beteiligen.

Eine Lösungsperspektive kann allerdings nicht das Wegsperrn von Jugendlichen in geschlossene Heime sein, unter anderem ist die Rückfallquote viel zu hoch.

Keine amerikanischen Verhältnisse

Die unzweifelbaren Erfolge Brattons sind aus mehreren Gründen nicht auf Deutschland übertragbar. Zum einen herrschen in Deutschland völlig andere soziale und gesellschaftliche Voraussetzungen und zum anderen ist der Preis einer derart repressiven Kriminalpolitik zu hoch. Ein Vorgehen nach dem Beispiel New Yorks wäre auch nicht mit dem in Deutschland geltenden Verhältnismäßigkeitsgrundsatz vereinbar.

In Deutschland herrschen keine amerikanischen Verhältnisse, weder im Umgang mit Kriminellen noch bei der Kriminalitätsrate. Daß dies durchaus seinen Zusammenhang hat, ist oben skizziert worden. Deutschland muß auch weiterhin für eine ursachenorientierte

Kriminalpolitik stehen. Die Justiz und die Polizei können politische und soziale Mängel nicht ausgleichen. „Aktionen für eine saubere Stadt“ sorgen nur für Verlagerung von Kriminalität. Eine rot-grüne Bundesregierung wird die Aufgabe haben, den BürgerInnenrechten wieder einen größeren Stellenwert einzuräumen. Die Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind dabei in einer Schlüsselrolle und könnten sich in der Koalition als AnwältInnen der BürgerInnenrechte profilieren und in diesem Bereich das Erbe der FDP antreten, die Liberalität allzuoft mit Wirtschaftsliberalität verwechselt. Die SPD muß eindringlicher an ihre eigene Vergangenheit erinnert werden, Willy Brandt zog bekanntermaßen 1969 unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ in den Bundestagswahlkampf. **Daniel Kilpert lebt in Bonn und studiert Politologie.**

Anmerkungen:

- 1 *Focus* v. 16.02.1998.
- 2 *Spiegel* v. 06.04.1998.
- 3 *schrägstrich* 5-6 / 1998, 30.
- 4 Ebenda.
- 5 Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg (Hrsg.): *Innere Sicherheit in Baden-Württemberg*, 1998.
- 6 SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Bonner Forum* 4/98, 3.
- 7 Ebenda.
- 8 *schrägstrich* 5-6 / 1998, 29.
- 9 *General Anzeiger* v. 07.10.1998.
- 10 *Der Tagesspiegel* v. 15.11.1998.
- 11 Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1997, auf: <<http://www.bka.de>>.
- 12 *Frankfurter Rundschau* v. 18.05.1998.
- 13 Neidhardt, Klaus, *Gewalt auf den Straßen – Wer sind die Täter, wer sind die Opfer?*, unveröffentlichtes Redemanuskript, 1998.
- 14 Ebenda.
- 15 *Süddeutsche Zeitung* v. 21.04.1998.

Literatur:

- Bratton, William J., *Verringerung der Zahl der Verbrechen und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung: Was Amerika von den erstklassigsten Hütern der öffentlichen Sicherheit in New York lernen kann*, in: Heritage-Foundation, Vorlesung Nr. 573 v. 15.10.1996.
- Gössner, Rolf / Herzog, Uwe, *Der Apparat – Ermittlungen in Sachen Polizei*, 1984.
- Gössner, Rolf / Neß, Oliver, *Polizei im Zwielicht – Gerät der Apparat außer Kontrolle?*, 1996.
- Humanistische Union (Hg.): „*Innere Sicherheit*“ Ja – aber wie?, Humanistische Union, Schriften Bd. 20, 1994.
- Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.), *Grundrechte-Report 1998 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland*, 1998.
- Winter, Martin, *Politikum Polizei*, Reihe Politische Soziologie, Bd. 10, 1998.
- Cilip – Bürgerrechte und Polizei, Schwerpunkt-Hefte Nr. 57, *Reform der Politik Innerer Sicherheit*; Nr. 51, *Polizei und Stadt*; Nr. 43 *Private Sicherheitsdienste*.

Links:

- Polizeiliche Kriminalstatistik und Lageberichte des BKA, <<http://www.bka.de>>.
- Cilip – Bürgerrechte und Polizei, <<http://www.infolinks.de/medien/cilip>>.

